Nr. 178 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 88

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20.— M., für das übrige Ausland 27.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 5.50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1.50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 1.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 80 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Sonnabend, den 16. April 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Briand verteilt Oberschlesien.

Paris, 16. April. (WTB.) Im Kammerausschuß erklärte Briand, daß ihm von einer Ueberfliegung Oberschlesiens durch einen Zeppelin nichts bekannt sei. Er wurde jedoch durch diese Anfrage veranlaßt, sich über die Folgen der Volksabstimmung in Oberschlesien auszusprechen. Der Vertrag von Versailles wie auch der zum Ausdruck gekommene Wille der Bevölkerung gebe das Recht, eine

Teilung des Abstimmungsgebietes

vorzunehmen, und zwar in der Art, daß man Polen die Gruben und die industriellen Bezirke zuteile und Deutschland die landwirtschaftliche Zone.

Bezüglich der neuen Vorschläge, die Deutschland vor dem 1. Mai machen könnte, erklärte Briand, daß aller Wahrscheinlichkeit nach dieses Angebot sich in der Hauptsache auf Arbeitskräfte und Materialien beziehen würde. Er gab zu verstehen, daß diese Art der Reparation günstig aufgenommen werden könnte, jedoch unter der Voraussetzung, daß die deutsche Regierung einen genaueren Plan zur Zusammenarbeit vorlege, als dies in Spa geschehen sei.

Nach der Ausschußsitzung erklärte Briand: Meine Zusammenkunft mit dem Ausschuß hat dazu gedient, unsere auswärtige Lage zu entwickeln. Ich habe so klar wie möglich Auskunft gegeben, aber nur in dem Maße, wie meine Rolle als Unterhändler mir das gestattet. Auf die Frage, was er mit den Ausdrücken „die Hand an den Kragen legen" oder „einen Gendarm zu entsenden, der den Gerichtsvollzieher begleitet" gemeint habe, antwortete Briand nach dem „Matin", er wolle die Stärke seiner Ausdrücke nicht vermindern. Er habe zu verstehen geben wollen, daß es sein fester Wille sei, neue Zwangsmaßnahmen anzuwenden, falls Deutschland dabei verharren sollte, sich der Ausführung seiner Verpflichtungen zu entziehen. Auf die drei Beratungen des gestrigen Tages zurückkommend, erklärte Briand, falls die deutsche Regierung sich weiter ihren Verpflichtungen entziehen würde, seien alle erforderlichen Maßnahmen ins Auge gefaßt worden. Lloyd George habe im Unterhaus nicht anders sprechen können, denn ein Abkommen über die Zwangsmaßnahmen hätte noch nicht getroffen werden können, da ja Frankreich selbst noch nichts bestimmt habe. Briand erklärte weiter, daß er keine Vermittler annehme, er wolle von den offiziellen Vertretern Deutschlands direkt Vorschläge hören. Aber er werde nicht verhandeln und lasse nicht einmal den Grundsatz einer Verhandlung zu, wenn die Vorschläge nicht durch

Pfänder und Garantien

belegt würden. Ueber Oberschlesien kündigte Ministerpräsident Briand an, daß die Grenzfestsetzung, die nur den polnischen Freunden günstig sein könne, weil sie dem Friedensvertrag von Versailles entspreche, demnächst stattfinden werde.

Herr Le Rond sagte einem Pariser Ausfrager, die Festsetzung der Grenzen in Oberschlesien werde gar keine Schwierigkeiten machen, sie werde ebenso erfolgen wie in Mitteleuropa. (Nach dem glänzenden Erfolg der Ententepolitik in Mitteleuropa für das Völkerwohl ist sie ja auch wirklich mustergültig! Red.)

Der oberschlesische Belagerungszustand ist aufgehoben.

Schnapphahn kräht.

Während sich Foch und Weygand den Kopf zerbrechen, wieviel Soldaten man zur Eroberung des Ruhrgebiets brauche, will der „Matin" die Auskunft erhalten haben, daß die Zustimmung Deutschlands zum Abkommen von Paris, das verfallen sei, nicht mehr genügen werde. Die einzige Befriedigung, die neue Zwangsmaßnahmen verhindern könne, sei, daß Deutschland, nachdem es die eine Milliarde Gold, die es besitze (Reichsbank!), hergegeben habe, für die elf anderen fehlenden Milliarden Zahlungen in Waren, in Gold oder in Industriebeteiligungen, sowie eine ernste Garantie, wie z. B. die Kontrolle über sämtliche Zolleinnahmen, anbiete. Geschehe dies nicht, dann würden die Alliierten handeln.

Marcel Hutin erklärt im „Echo de Paris", daß aus der gestrigen Besprechung im Elysée offenbar hervorgehe, daß man sich nicht begnügen werde, das Kohlengebiet der Ruhr zu besetzen, sondern daß die Besetzung sich wenigstens zum Teil auf das weitere Industriegebiet von Westfalen ausdehnen solle. — Loucheur plant große Steuern im besetzten Gebiet und eine Taxierung der Kohlen- und Industrieprodukte, die aus dem besetzten Gebiet herausgingen, deren Ertrag auf dreieinhalb Milliarden Goldmark geschätzt werde.

Tschechoslowakei und Sanktionen.

Prag, 16. April. (WTB.) Der Abgeordnetenhausausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat einstimmig einen Antrag angenommen, wonach die Frage der Beteiligung der Tschechoslowakei an den „Sanktionen" gegen Deutschland nur auf verfassungsmäßigem Wege gelöst werden könne.

Wie wir zu wissen glauben, hatte die Prager Regierung Entscheidung ohne Parlament im Sinn.

Löbe zur Reparationsfrage.

Karlsruhe, 16. April. (WTB.) In einer von der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe einberufenen Versammlung sprach gestern abend Reichstagspräsident Löbe. Er führte u. a. aus: Die Unmöglichkeit der Erfüllung der Ententeforderungen leuchtet in unserem Lande einem jeden, möge er rechts oder links stehen, ein. Auch den vernünftigeren unserer Gegner dämmert schon Aehnliches. Wenn Briand in diesen Tagen an neue Zwangsmaßnahmen zum 1. Mai gedacht hat, so kann er wohl das Aufblühen unseres Landes verhindern, aber sicher ist, daß dabei Frankreich auf keinen grünen Zweig kommt. Die Entente ist imstande, unsere Wirtschaft vollständig zu ruinieren, auf die Gefahr hin, daß sie ihre Wirtschaft mitruiniert, wie die Anzeichen, die sich in Frankreich und England bereits bemerkbar machen, beweisen. Wir können das Geld nicht geben, das man von uns verlangt; wir können den Schuldschein nicht unterschreiben, den man uns vorhält. Wir werden den Weg gehen müssen, der in Amsterdam vor einigen Wochen vorgeschlagen worden ist von der französischen, englischen, belgischen und deutschen Sozialdemokratie. Praktische Mitarbeit am Wiederaufbau und Sachleistungen wollen wir geben. Vielleicht kann auch ein Teil der französischen und der englischen Schuld an Amerika auf uns übertragen werden, die dann von uns verzinst werden muß. Es gibt keine andere Möglichkeit der Abtragung unserer Schuld als diese. Auch darf unser Land nicht weiter geschwächt werden durch die Abtrennung oberschlesischer Erdschätze. Wir werden die Bemühungen des amerikanischen Präsidenten Harding unterstützen, daß Streitigkeiten der Völker schiedsgerichtlich gelöst werden. Die Entmilitarisierung, die man uns aufgezwungen hat, muß auch in unseren Nachbarländern eintreten.

Das Spiel geht weiter.

Während die Wilhelmstraße auf ihrem Stillschweigen über die außenpolitische Lage und die Absichten der Reichsregierung gegenüber der deutschen Oeffentlichkeit beharrt und auf unsere gestrigen Mahnungen durch einen hochoffiziösen zugeknöpften Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" antworten läßt, geht das Spiel weiter: Der Berliner Korrespondent der „United Preß of Amerika" will von „offiziös absolut autoritativer Seite" erfahren haben, daß Deutschland mit Amerika über ein Arrangement verhandeln will, durch das Deutschland die Ententeschulden an Amerika zum Teil übernehmen und verzinsen würde, als Teil der Wiedergutmachung. Ueber New York und Paris erfährt nun auch die deutsche Presse von diesem Vorhaben der Reichsregierung. Ein Mittagsblatt fügt hinzu, daß die bereits erörterte „Vermittlung" einer neutralen Macht lediglich in einer postalischen Uebersendung bestanden hat.

Dieser Gedanke der Uebernahme bzw. Verzinsung eines Teils der alliierten Milliardenschuld an Amerika durch Deutschland ist nicht neu und auch die Amsterdamer Konferenz der 2. Internationale hat sich mit ihm befaßt. Ob er Aussicht auf Verwirklichung hat, ist allerdings aus verschiedenen Gründen nicht ganz sicher. Wir wünschen indessen Dr. Simons zu seinen dahingehenden Schritten besten Erfolg, zugleich stellen wir aber wiederum fest, auf welche skandalöse Art das deutsche Volk von diesen Dingen erfährt.

Hölz in Berlin verhaftet.

Berlin, 16. April. (WTB.) Max Hölz aus dem Vogtlande, der geistige Urheber der diesjährigen Märzunruhen, Führer der Roten Armee in Mitteldeutschland, der auch unter dem dringenden Verdacht steht, die Berliner Attentate veranlaßt zu haben, ist in der vergangenen Nacht im Westen Berlins von Beamten der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums Berlin verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht worden.

Zu der Verhaftung erfahren wir folgende Einzelheiten: Hölz hatte sich seinen Bart abnehmen lassen und trug kurzgeschnittenes Haar. Gestern spät abends beobachteten Beamte der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums am Rankeplatz in Charlottenburg einen Mann, der eine entfernte Aehnlichkeit mit Hölz hatte und ein dort befindliches Café besuchte. Hölz befand sich in Begleitung eines anderen Mannes. Als die beiden kurz nach 11 Uhr das Kaffeehaus verlassen wollten, traten die Beamten auf die Männer zu und nahmen die beiden fest. Sie nahmen Hölz beiseite und fragten ihn, wer er wäre. Er erwiderte, das müßten sie ebenso gut wissen, wie er selbst. Sie brauchten ja nur im Fahndungsblatt nachzusehen. Darauf sagten sie ihm auf den Kopf zu, daß er Max Hölz wäre, was er dann auch zugab. Sein Begleiter war ein Tischler Röhl, mit dem Hölz während seines Aufenthaltes in Berlin verkehrte. Die Verhafteten wurden mit einem Auto nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Zur weiteren Aufklärung ist es dringend notwendig, daß sich sofort diejenigen Personen, Pensions- oder Hotelinhaber bzw. deren Angestellten melden, bei denen in der letzten Zeit ein etwa 1,65 Meter großer Mann mit kahlgeschorenem Kopf, glattrasiertem Gesicht, großer runder Brille, vielleicht unter dem Namen Fritz Hannemann gewohnt hat. Er führte drei ganz neue Reisekoffer bei sich und war zuletzt bekleidet mit einem blauen Jackettanzug, braungrünem Lodenmantel, bis zum Hals zugeknöpft, und grauem, weichen Hut. Für die Herbeischaffung des Gepäcks haben die Anzeigenden Anrecht auf einen Teil der ausgesetzten Belohnung. Nachrichten werden erbeten mündlich nach Zimmer 343, telephonisch durch die Anschlüsse 300, 313, 380 des Polizeipräsidiums.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wurde Hölz bereits heute morgen in Gegenwart des Polizeipräsidenten Richter vernommen. Er gibt zu, Hölz zu sein, verweigert aber zurzeit nähere Angaben über seine Beteiligung an den ihm zur Last gelegten Straftaten.

Nach der Kammerauflösung.

OL. Rom, 10. April.

Die nun aufgelöste Kammer, die uns die Wahlen vom November 1919 beschert hatten, war so beschaffen und zusammengesetzt, daß man nicht mit ihr regieren konnte. Das ist bis zum Ueberdruß gesagt und wiederholt worden. Wenn von 508 Abgeordneten 156 der sozialistischen Fraktion und weitere hundert der klerikalen angehören, so kann die Regierung nur durch ständige Zugeständnisse leben. Die einzige Möglichkeit, bei dem gegebenen Stärkeverhältnis der Parteien zu regieren, lag in einer Annäherung der Sozialisten an die Regierung. Wenn die Partei es für richtig gehalten hätte, ihre Machtstellung in dem Sinne auszunützen, daß sie für gegebene Reformen dem Kabinett ihre Unterstützung versprochen hätte, so hätte sich die Kammer als lebensfähig erweisen können. Mit einer prinzipiellen sozialistischen Opposition ließ sich nicht regieren. An dieser Situation ist das Ministerium Nitti zugrunde gegangen; aus ihr ist das Bedürfnis nach einem Kabinett Giolitti entstanden, als dem einzigen, dem man es zutraute, selbst mit dieser Kammer fertig zu werden.

Daß aber die Kammer gerade jetzt aufgelöst wurde, wo ein Teil des Landes im Bürgerkriege steht, das geschah nicht als Fazit ihrer angeborenen Lebensunfähigkeit, sondern aus politischem Opportunismus der herrschenden Klasse. Diese hat gesehen, wie unvorbereitet die proletarischen Massen auf die Gewaltaktion der Fascisten waren, die unvollständig und zusammenhanglos ihr Widerstand war. Mit einem Schlage ist die Besorgnis vor der proletarischen Gewalt, die man so oft angedroht hatte, von dem Bürgertum gewichen, das heute mit blindem Vertrauen seine Sache in die Hände der Fascisten legt.

Daher geht die herrschende Klasse mit ganz anderem Geist, mit ganz anderer Solidarität und ganz anderem Selbstvertrauen in den heutigen Wahlkampf, als sie in den vom Herbst 1919 getreten war.

Vor allem ist sie von einer tiefgehenden Erbitterung gegen die Arbeiterschaft erfüllt, die sich durchaus nicht allein auf die Taktik der Nadelstiche gründet, die die Arbeiterschaft durch die so häufige Festsetzung der öffentlichen Dienste, durch ihre an chronische Schikanierung grenzende Politik erzeugt hat. Diese Erbitterung wird zum großen Teil durch die Umwälzung der Verhältnisse ausgelöst, die der Krieg gebracht hat, namentlich durch die hohe Bewertung der körperlichen Arbeit. Die Bourgeoisie in Italien will sich nicht mit der Tatsache abfinden, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen außerordentlich gestiegen ist. Sie sieht es als eine Unbilligkeit an, daß die geistigen Arbeiter heute schlechter entlohnt werden als die Handarbeiter. Anstatt den Grund für diese Erscheinung in der allgemeinen Not zu sehen, die vor allem das zum täglichen Leben Notwendige schätzen kann und muß, und anstatt der Tatsache Rechnung zu tragen, daß der geistige Arbeiter fast immer isoliert dem Unternehmer gegenübersteht, während die körperlichen Arbeiter die Macht ihrer Organisation in die Wagschale werfen konnten, gibt das Bürgertum den Sozialisten die Schuld dafür, wenn vielfach die Schuldirektoren weniger Gehalt haben als die Schuldiener, die Krankenhausleiter weniger als die Krankenwärter.

Dieser tiefgehende Gegensatz zwischen Bürgertum und arbeitender Masse wird bei den bevorstehenden Wahlen den Grundton abgeben, die eigentliche Triebfeder, das Wesentliche. Das andere ist Schein und Oberfläche. Die Regierung glaubt, daß sich seit November 1919 die Machtverhältnisse zugunsten des Bürgertums verschoben haben: darum sagt sie die Wahlen an, obwohl alles dafür spricht, daß es diesmal blutige Wahlen werden werden.

Liest man das Programm, mit dem das Kabinett das Auflösungsdekret begleitet, so sieht sich die Sache freilich anders an. Das gibt als Grund der Neuwahlen die Annexion der neuen Provinzen an und die allgemeine Hebung der politischen Verhältnisse des Landes, die Beendigung des Krieges in Albanien, der bei dem letzten Wahlkampf noch andauerte, die Lösung der Fiumefrage, die Herabsetzung des Budgetdefizits von 14 auf 4 Milliarden. Der Unruhen in verschiedenen Provinzen wird auch Erwähnung getan, aber nur nebenbei, mit der Versicherung, daß die Wahlen dem Lande Gelegenheit geben würden, seinen Willen zu friedlicher Arbeit zum Ausdruck zu bringen.

An spezifischen Zugeständnissen an die einzelnen Parteien ist die Zusicherung der Einführung des staatlichen Examens für alle Schulen zu erwähnen, die eine viel umstrittene Frage im Sinne der Klerikalen löst. Die Klerikalen verfügen in Italien über zahlreiche eigene Lehranstalten, die zum Teil schultechnisch sehr hoch stehen und als Musteranstalten gelten können. Diese Anstalten, die vielfach ein eigenes Patrimonium haben, weshalb sie viel billiger sind als die nicht konfessionellen Schulen, haben für das große Publikum den bedeutenden Nachteil, daß die in ihnen abgelegten Prüfungen staatlich nicht anerkannt sind, weshalb die Zöglinge der klerikalen Anstalten sich als Externe in den öffentlichen Schulen examinieren lassen müssen. Diesen von den Klerikalen oft beklagten Nachteil verspricht nun die Regierung zu

beseitigen, indem sie alle Schüler, auch die der Staatsanstalten, von Kommissionen prüfen läßt, die außerhalb des Lehrkörpers der Anstalt stehen. Praktisch heißt das, den Klerikalen die Möglichkeit bieten, ihr ungeheures wirtschaftliches Uebergewicht im öffentlichen Lehrwesen des Landes zur Geltung zu bringen. Außerdem kommt das Programm den Klerikalen entgegen, indem es sich über die Frage der Ehescheidung, in der sie sehr intransigent sind, völlig ausschweigt.

Natürlich fehlen auch Versprechungen demokratischen Charakters nicht. Die Aufteilung der Latifundien wird versprochen, die Einführung der Alters- und Krankenversicherung und auch die der Betriebskontrolle. Es ist durchaus nicht ein Ausdruck parteipolitischer Voreingenommenheit, wenn man die den Klerikalen gemachten Versprechungen schwer, die demokratisch angehauchten leicht nimmt.

Natürlich findet der Wahlkampf im Zeichen der reaktionären Konzentration, der „Union sacrée" statt. Und zwar wird die Regierung als Wahlparole die Wiederherstellung des Friedens im Lande und die Stärkung der Produktion ausgeben, kurz, die Schlagworte des alten Kampfes „für Ordnung und Besitz". Daneben wird von Region zu Region ein lokales Programm ausgegeben, ohne das man die Wähler nicht aufrütteln kann. So wird man für Apulien Straßen und Brücken versprechen, für Sardinien Bekämpfung der Malaria und Regulierung der Wasserläufe, für die oberitalienische Großindustrie Schutzzölle, für alle Verbilligung der Lebensmittel. Allen Staatsbeamten hat man noch schnell einen Vorschuß von 100 Lire monatlich, in Erwartung neuer Aufbesserungen, bewilligt. Es ist also alles eitel Frieden, Zuversicht und Einvernehmen.

Daß kürzlich die Arbeiterkammer von Reggio Emilia verwüstet, die von Padua verbrannt worden ist, daß es in Padua einen Toten, in Venedig einen Toten und 16 Verwundete gegeben hat, sind Kleinigkeiten, die den Gottesfrieden im Lager der Reaktion nicht stören. An diese Dinge sind wir nachgerade gewöhnt.

Leider sind wir nicht nur an Gewalttat gewöhnt, sondern auch moralisch abgebrüht gegen Dinge, die viel ekelhafter sind als die Gewalttat. Berichtet nicht der „Messaggero" vom 8. April ohne ein Wort des Abscheus, ohne ein Wort der Selbstbesinnung von einem „kommunistisch-anarchistischen Komplott" zur Sprengung der Brücken, der Eisenbahnen, der elektrischen Zentrale der Provinz Ferrara, welches Komplott nach dem Bericht des „Messaggero" selbst nichts anderes ist als wie der Anschlag eines Lockspitzels, der es erreicht hat, eine Landarbeitergewerkschaft zu ruinieren und ihre Führer ins Gefängnis zu bringen! Der Schuft, den das offiziöse Blatt als wackeren Fascisten bezeichnet, hat nicht etwa einen bestehenden Anschlag ausgekundschaftet und angezeigt, sondern er hat den Anschlag selbst in allen Details organisiert, hat unwissende, gutgläubige Landarbeiter für ihn gewonnen, hat diesen Waffen und Sprengstoffe geliefert und sie dann angezeigt. Diese infame Tat, gegen die ein Dolchstich in den Rücken eine ritterliche Handlung ist, wird vom „Messaggero" als ein Beweis für die Schlechtigkeit der Anarchisten angeführt.

In solchem moralischen Milieu findet ein Kampf statt, der entscheidend sein wird für die politische Haltung Italiens auf Jahre hinaus. Man hätte dem Lande, nach allem, was es durchlitten hat, bessere Chancen wünschen können. Diesmal gibt es wirklich nur ein Hüben und ein Drüben: die Reaktion, die zurücknehmen will, was sie noch dem Kriege den Massen hat zugestehen müssen, und die Massen, die ihre Errungenschaften verteidigen. Hier liegt der Kern des heutigen Wahlkampfes; alles andere ist Phrase.

Kahr darf nicht fehlen! Bei der gestrigen Trauerfeier für die verstorbene ehemalige Kaiserin in der St. Matthäuskirche sah man u. a. auch den Chef der Heeresleitung General v. Seeckt sowie den bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr. Es ist ein erhebendes Schauspiel, die führenden Vertreter der deutschen Republik stets an der Spitze solcher Kundgebungen zu sehen, die unter dem Deckmantel rein privater Veranstaltungen auf eine Demonstration gegen die Republik hinauslaufen.

Levi ausgeschlossen!

Im Gegensatz zu den Mühlen Gottes mahlen die Mühlen der Turkestaner äußerst geschwind und dafür umso gröber. Die Zentrale der VKPD. teilt in einem großen fettgedruckten Aufruf der „Roten Fahne" heute mit, daß sie am 15. April den früheren Vorsitzenden der Partei Paul Levi wegen groben Vertrauensbruches und schwerer Parteischädigung ausgeschlossen und ihn aufgefordert habe, sein Reichstagsmandat niederzulegen.

Um dem Beschluß noch eine besondere Würze zu geben, fügt die Zentrale hinzu, daß mit dem Ausschluß Paul Levis ihm „nicht das Recht der Parteikritik unterbunden" werde. Die Zentrale anerkenne in vollem Umfange das Recht der Parteikritik vor und nach Aktionen, die von der Partei geführt werden. Kritik auf dem Boden des Kampfes und dem der vollen Kampfsolidarität sei eine Lebensnotwendigkeit für die Partei und revolutionäre Pflicht. . . .

Diese schönen Theorien lesen sich besonders angenehm in dem Augenblick, wo die „politischen Kindsköpfe" ihren mehrjährigen Führer vor die Tür gesetzt haben, weil er das Recht der Kritik nach Abbruch des Kampfes für sich in Anspruch nahm. Dafür widmet ihm Abraham Thalheimer einen geschmalzenen Leitartikel, in dem die Pflicht zum Hinauswurf betont, aber doch hinzugefügt wird:

„Paul Levi war uns ein alter Kampfgefährte. Wir haben manch schwere Stunde mit ihm getragen. Niemand von uns kann frohlocken, wenn es jetzt heißt: „Mann über Bord." . . . Auch mit Paul Levi überwindet die kommunistische Bewegung in Deutschland ein Stück ihrer eigenen Vergangenheit. Ein Führer von mannigfachen, von hohen und glänzenden Gaben ist es, von dem sie sich trennt, aber ein Führer, der nicht so mit Haut und Haaren, mit Leib und Leben mit der Partei verwachsen war, daß seine Person restlos aufgegangen wäre in der Sache, der er diente. . . . Mit Paul Levi trennt sich die Partei nicht nur von einer Person, von einem einzelnen Führer, sondern von der Vergangenheit einer Partei- und Kampfdisziplin, die nicht straff genug war."

Doch damit ist Levi noch nicht tot. Auf der vierten Seite des Blattes widmet ihm „P. B." als „Vertreter der Exekutive der kommunistischen Internationale" noch einen besonderen Fußtritt. Dieser geheimnisvolle Moskauer Abgesandte verhöhnt Levi wegen seines Verhaltens in der italienischen Spaltungsfrage und erklärt, daß er mit Sinowjew zusammen ihre Sünden gegen Serrati und Levi dadurch wieder gutmachen wolle, daß sie gemeinsam Serrati und Levi prügeln! Das ist der Ton, in dem der Wortführer der Moskauer Exekutive mit den Vertretern der ihr angeschlossenen Kommunistischen Parteien zu verkehren pflegt. Und das lassen sich die deutschen Kommunisten gefallen!

Eine andere Frage aber drängt sich auf. Mit Levi gemeinsam sind Klara Zetkin, Däumig und Adolf Hoffmann aus der Zentrale ausgeschieden, weil sie die neue bakunistische Politik der Zentrale nicht mitmachen konnten. Was werden diese, und was wird insbesondere die alte Sozialistin Klara Zetkin tun, nachdem ihrem Gefährten von ehemals so übel von den bakunistischen Kommunisten mitgespielt worden ist?

Bescheid an Stegerwald.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich heute vormittag abermals mit der preußischen Regierungsfrage beschäftigt und ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt es ab zuzustimmen, daß die Genossen Braun, Severing oder andere Genossen der Aufforderung Stegerwalds Folge leisten, in ein Geschäfts- oder Uebergangsministerium einzutreten. Sie wird jedes Geschäfts- oder Uebergangsministerium bekämpfen, das ohne ihre Zustimmung zustandekommt und beruft sich dabei auf die Vereinbarung mit dem Zentrum und den Demokraten, wonach Stegerwald zurücktreten soll, wenn es ihm nicht gelingt, ein Kabinett zustandezubringen, das die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion findet.

Wenn Herr Stegerwald trotzdem bleibt und mit Hilfe des Zentrums und der Demokraten ein Kabinett bilden sollte, das ohne die Unterstützung beider Rechtsparteien nicht leben könnte, so bedeutete das nichts anderes als den Uebergang der bürgerlichen Mittelparteien zu einer rein bürgerlichen antisozialdemokratischen Politik. Dieses Ergebnis könnte von den Sozialdemokraten nicht gleichmütig hingenommen werden, um so weniger als sie dann gegen die Unterhändler des Zentrums den Vorwurf erheben müßten, daß sie mit ihrer förmlich abgeschlossenen, bestätigten und schließlich abgeleugneten Vereinbarung wider Treu und Glauben gehandelt haben. Wir würden in diesem Fall vor einer außerordentlichen Verschärfung der gesamten innerpolitischen Situation stehen.

Eine Absage.

Im Preußischen Landtag brachten die Kommunisten bekanntlich einen Antrag auf Mißbilligung der Regierung ein. Da sie aber nicht die nötigen dreißig Unterschriften hatten, ersuchten sie die Unabhängigen um Unterstützung. Die unabhängige Fraktion hat dieses Verlangen mit folgender Begründung abgelehnt:

„Unsere Fraktion ist nicht in der Lage, in der gegenwärtigen Situation der VKPD. eine irgendwie geartete Unterstützung, und sei es auch nur durch Hergabe von Unterschriften, zu gewähren. Die Stellungnahme unserer Partei zur Regierung und deren Maßnahmen bleibt davon unberührt."

Der kommunistische Zorn wird sich nun mit doppelter Stärke auf die Häupter der unabhängigen „Verräter" entladen.

Ein treffendes Urteil.

Das Verhalten des kommunistischen Landtagsabgeordneten Franken anläßlich der Debatte über die Mißhandlung unseres Genossen Zimmer, den er als „elende Kreatur" zu bezeichnen wagte, zeugte von einer so bodenlosen Roheit, daß es sich wohl lohnt, diesen „Arbeitervertreter" hier nochmals zu kennzeichnen. Ein treffendes Urteil über ihn fällt die unabhängige „Freiheit", die in ihrer Morgenausgabe schreibt: „Herr Franken hat mit seinem Ausdruck eine so niedrige Gesinnung dokumentiert, daß selbst ein Teil seiner Parteifreunde beschämt war und dem Redner keinerlei Unterstützung lieh. Der Gewerkschaftsbeamte Zimmer, der schwer verwundet auf dem Krankenlager liegt, ist ein Opfer kommunistischer Putschisten geworden. Fast noch roher als die Tat besinnungslos Fanatisierter ist die kalt überlegte Beschimpfung des Opfers durch einen Menschen, der sich damit die parlamentarischen Sporen verdienen zu können glaubt."

Bajuvarische Gemeinheiten.

Wir haben kürzlich bereits aus dem „Miesbacher Anzeiger" den von Pöbeleien strotzenden Funkspruch an alle „Sau- und Regierungsjuden" unseren Lesern zur Kenntnis gebracht. Jetzt hat sich dieses bayerische Blatt selbst überboten. Wir finden in ihm eine Polemik gegen den Herausgeber der Wiener „Fackel" Karl Kraus, in der sich folgende Sätze befinden:

„In München haben wir doch mit der Hinrichtung von Eisner und der Prügelstrafe gegen den Magnus „Spinatfeld" den Beweis geliefert, daß es uns nicht an Temperament fehlt und daß die Berliner dankbar anerkennen müssen, daß wir ihnen den Landauer durchgetan haben.

Immerhin waren das nur Vorspiele zu größeren Kuren, die wir uns gelebt haben für den Fall, daß sich die Beschnittenen bei uns noch einmal mausig machen. Dann gehts aus dem Vollen."

Diese neueste Gemeinheit des von Ludwig Thoma begönnerten Blattes dürfte selbst in Bayern einzig dastehen. Bemerkenswert ist, daß dieses Blatt unter den Augen Kahrs noch immer als „Amtlicher Anzeiger" fungiert!

Schutz gegen Verleumdungen. Da von kommunistischer Seite Seite immer von neuem die Behauptung aufgestellt wird, der Obermaschinist Sült sei im Berliner Polizeipräsidium einem Morde zum Opfer gefallen, hat sich der Polizeipräsident zum Schutze der ihm unterstellten Beamten und im Interesse einer gerichtlichen Klarstellung der Angelegenheit entschlossen, gegen die Verbreiter der genannten Behauptung Strafantrag zu stellen. Zunächst ist Strafantrag gegen die verantwortliche Schriftleitung der „Roten Fahne" sowie gegen verschiedene kommunistische Redner in Versammlungen und Stadtparlamenten gestellt worden.

Varieté-Politik.

Von Hans Bauer.

Vor Jahren hörte ich den famosen Humoristen Otto Reutter ein Couplet singen, das den Refrain hatte: „Aber keiner fängt an, aber keiner fängt an."

Alles Mögliche fing keiner an: An der Stammtischrunde wollte keiner damit anfangen, nach Hause zu gehen. Von zwei Eheleuten, die beide versichert waren, fing keiner mit dem Sterben, von einer Judenfamilie an der Ostsee keiner mit dem Baden an . . . Und dann kam auch ein Vers, in dem es von den Sozialisten hieß, daß sie wohl für Freiheit und Brüderlichkeit schwärmten und daß sie sagten: Wir teilen unser Geld! Aber keiner finge damit an, keiner finge damit an.

Ich weiß heute noch, wie endlos lange nach diesem Vers geklatscht wurde. Bei den anderen hatte man über die hübschen Situationen geschmunzelt, die Reutter zu seinem Refrain gefunden hatte, aber hier begrüßte man die Gesinnung, den Inhalt.

War dies nicht etwa eine Waffe gegen alle sozialistischen Theorien, die „Keiner fängt an, keiner fängt an". Wo waren sie denn, die Herren Sozialisten, die ihre Habe hingegeben und „geteilt" hätten. Nein, nein: nach der Auffassung der Zuhörermehrzahl hatte er schon recht, dieser Otto Reutter. Wir teilen unser Geld, sagten die Sozialisten. Aber — haha — keiner fing damit an.

Diese etwas reichlich — sagen wir milde — oberflächliche Widerlegung des Sozialismus also ward beklatscht. Wütend beklatscht. Und es war unbedenklich, diesen Vers zu bringen. Damals war die Sozialdemokratie noch eine Partei, der sich zuzuzählen in Bürgerkreisen geradezu als Schande galt, und der sozialistische Arbeiter war ein Mann, der es sich kaum leisten konnte, in ein Varieté zu gehen. Auf irgendwelchen beachtlichen Widerspruch stieß also Otto Reutter gewiß nicht, wenn er diese Verse brachte. Heute geschieht es zwar auch noch, daß in Kabaretts der sozialistische Gedanke angehöhnt wird. Aber es geschieht doch weit seltener. Die Verhältnisse haben sich gewandelt. Dafür hat der Varieté- und Kabarettbumorist, sofern er politisch wird, eine andere milchende Kuh: das Ausland. Und da ist es nun ein für allemal ausgemacht: Wilson ist ein Erzheuchler, Lloyd George ein Blödian, Clémenceau ein Sadist, der Pole ein Schwein, der Besatzungsneger ein Menschenfresser.

Kein vernünftiger Deutscher wird sich dagegen wehren, daß die politische Satire dem Ausland häufig eins auswische. Aber der Geschmack empört sich gegen eine unsinnige Verallgemeinerung und gegen eine ewige planvolle Ausschlachtung von wirklichen und vermeintlichen Sünden des Auslandes zum höheren Ruhme eines Humoristen.

Zehntausende sitzen allabendlich allein in den Varietés und Kabaretts von Berlin. Gerade für die Zeitgenossen, die nicht den schlechtesten Geschmack haben, ist es beispiellos langweilig, zu sehen, daß die Humoristen unter politischer Satire sich nichts anderes als Anpöbelung des Auslandes scheinen vorstellen zu können.

Wir wünschen beileibe nicht etwa Humoristen, die ausgemacht unsere Gesinnung haben, aber doch Humoristen, die genug Charakter besitzen, auf ein Mehr an Applaus zu verzichten, das ihnen donnernd von einem Parkett entgegendröhnt, das früher im „Teilen" den Wesensbegriff des Sozialismus definiert sah und auch heute noch eine Gesinnung immer stärker als eine Leistung zu beklatschen geneigt ist.

Solche Einschmuserei der Artisten beim Publikum ist widerlich.

Wo ist die — vielleicht allerdings geschäftsuntüchtige — Direktion, die zum ersten Male einen Humoristen auftreten ließe, der vor gar keiner Partei Respekt hat. Auch vor der nicht, der das Weinpublikum angehört.

Ihr sei dieser Artikel gewidmet.

Der antispazifistische Barde. Es gibt noch deutsche Dichter! Was sage ich — Dichter? Barden leben unter uns, aller lyrischen Entartung und revolutionären Umwälzung zum Trotz, nicht angekränkelt von weitherziger Weltverbesserei, die vorgibt, ehrwürdige Barbarei und ererbte Roheit bekämpfen zu wollen. Ist das die Aufgabe eines alldeutsch-agrarischen Barden? Keineswegs. Andere Töne sind es, auf die er seine Leier stimmt, andere Töne müssen es sein, denen das getreueste der getreuen Blätter altpreußischer Junkerkultur, die „Deutsche Tageszeitung", seine Spalten öffnet. Ihre illustrierte Wochenbeilage „Bilder zur Zeitgeschichte" verhilft einem solchen echten Sänger zum Tageslicht:

So manchen hör' ich wimmern,
ihn hat die Angst erraffst,
die Burg liegt ihm in Trümmern,
zum Zorn fehlt ihm die Kraft.

Ihm sank ohn' Kampf und Streiten
die Fahne in den Mist;
mit ihm will ich nicht reiten —
das Schwein ist Pazifist. —

Da liegt doch noch Musike drin! „Mist — Schwein — Pazifist." Versteckt euch, ihr Dilettanten von Kasernenhof und Offizierkasino, ersterbt, ihr Strophenmaurer von Kriegervereinsfesten und notleidenden Landbundzusammenkünften, „It" setzt seinen Stuhl über alle eure Nachtstühlchen. Welche herrlichen Wege weist er der zukünftigen strengnationalen Kunst. Zum Beispiel:

So mancher füllt die Kassen
bei seines Volkes Qual,
jetzt brüllt er auf den Gassen:
„Deutsch bin ich, national!"

Die Armen durften darben,
vom Wucher ließ er nie;
ihm wuchsen reich die Garben —
wie nennt man nur das Vieh?

Es wäre Frevel, diesen bescheidenen Versuch in die Nähe der Offenbarungen des genialen „It" zu rücken. Aber bei Fleiß und Eifer wird es befähigteren Talenten gelingen, dem Meister nachzueifern.

Der Affe als Einbrecher. Ein wirklicher Vorfall, der an die phantastische Dramatik in Poes berühmter Erzählung „Der Mord in der Rue Morgue" erinnert, soll sich nach einer Schilderung der „New York Times" in New York ereignet haben. Eines Nachts erwachten ein Mann und sein Frau von einem krachenden Geräusch, das sich außen am Fenster des Schlafzimmers hören ließ. Sie hörten, wie das Fenster eingedrückt wurde. In dem ungewissen Licht des Frühmorgens sahen sie ein scheußliches Gesicht, das durch das Fenster hereingrinste. Die Frau schrie auf; der Mann feuerte einen Revolver ab und das Gesicht verschwand mit einem dumpfen Gebrüll. Die sofort benachrichtigte Polizei fand unter dem Fenster der ziemlich hochgelegenen Wohnung eine Blutspur, die sie verfolgte. Während sie nach weiteren Anhaltspunkten suchte, erschien plötzlich eine dunkle Gestalt und glitt wie ein Blitz an der Hausfassade herab, um im Parterre zu verschwinden. Die Schutzleute stellten fest, daß der Verbrecher, der an einer schweren Schulterwunde blutete, ein riesengroßer Affe war. Er klinkte, als ob er ein menschliches Wesen wäre, die Haustür auf und wollte verschwinden, als ihn die Polizisten ergriffen. Man vermutet, daß das Tier von seinem Besitzer dazu abgerichtet ist, in Häuser einzudringen und zu stehlen.

Eine französische Kunstausstellung im Rheinland. Der Oberkommissar Tirard will im besetzten Gebiet eine Ausstellung französischer Kunstwerke von Puvis de Chavannes, Manet und Degas veranstalten. Ferner sollen Muster französischer Dekorationskunst gezeigt werden.

Erstaufführungen der Woche. **Dienst.** Großes Schauspielhaus: „Ein Sommernachtstraum." Tribüne: „Der Teufel." Fr. St. Theater: „Nur ein Traum".

Urantavorträge. Sonntag: Emma Kottmann: „Im Schwarzwald". — Montag: „Frühling am Neckar". — Dienstag: Kurt Hielscher: „Spanien". — Mittwoch: Prof. Goerke: „Die Schönheit der deutschen Landschaft". — Donnerstag: „In den Bergen Tirols". — Freitag: S. Nelken: „Schutz gegen Einbruch und Diebstahl". — Sonnabend: Prof. Goerke: „Aegypten und der Nil".

Der Verband der konzertierenden Künstler behält trotz der 100 prozentigen Erhöhung der Arrangementsgebühr für Konzert-, Vortrags- und Tanzabende, die die Berliner Konzert-Agenten vorgenommen haben, die bisherigen niedrigen Gebührensätze in seiner Konzertabteilung bei.

Ein psychotechnischer Lehrgang findet vom 1. Mai bis 1. August 1921 an der Technischen Hochschule Charlottenburg statt, in dem neben theoretischer Einführung in die Grundwissenschaften der Psychotechnik praktische Uebungen der Teilnehmer in der Ausführung von Eignungsprüfungen an Jugendlichen und Erwachsenen vorgesehen sind. Anmeldungen bis zum 25. April an die Industrielle Psychotechnik, Charlottenburg, Fraunhoferstr. 11/12.

Eine Röntgen-Entdeckung. An der Innsbrucker Universität wurde eine neue wissenschaftliche Entdeckung gemacht. Es gelang, die Röntgenstrahlen zu zerlegen ähnlich, wie die Sonnenstrahlen durch ein Prisma zerlegt werden. Durch die neue Entdeckung ist es möglich, die Tiefenbehandlung intensiver zu betreiben, als dies bisher der Fall war.

Die Putschdebatte im Landtag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Preußischen Landtags beantragt Abg. Katz (Komm.), den mündlichen Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag auf Haftentlassung des Abg. Plenge auf die Tagesordnung zu setzen, da sich der Ausschuß auf einen mündlichen Bericht beschränken will. Die Abgg. Dr. Deerberg (Dnat.) und Stendel (D. Vp.) widersprechen. Abg. Brückner (Soz.) bedauert, daß Widerspruch erhoben wird. Da der Widerspruch aufrechterhalten wird, wird der Gegenstand nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Der von allen Parteien beantragte Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des Preußischen Landtages wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Aussprache über den Aufstand in Mitteldeutschland.

Abg. Osterroth (Soz.): Soeben trifft die Nachricht ein, daß Max Hölz in Berlin verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert ist, jener Räuberhauptmann, mit dem Herr Hoffmann sich solidarisch erklärt hat. Gestern ist von dem Kommunisten Franken unser Parteigenosse Peter Zimmer eine „elende Kreatur" genannt worden. Peter Zimmers Moral steht hoch über der Moral dessen, der ihn beschimpft hat. Er hat 25 Jahre dem Bergarbeiterverband angehört und in seinem langen Kampfes- und Opferleben für die Sache der Arbeiter mehr getan als die ganze radikale Gesellschaft auf der äußersten Linken. Es war seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, gegenüber den schamlosen Parolen der Scholem und Konsorten, den verhetzten Arbeitern mannhaft entgegenzutreten. Daß er die Hilfe der Entente gegen die Arbeiter angerufen habe, ist eine schamlose Verleumdung. Unter Anstiftung namhafter kommunistischer Führer wie Schneetz und Dr. Gabriel ist ein Telegramm an die Rheinlandkommission gerichtet, das um Freigabe der Kommunisten bittet, da die Kommunisten Anhänger der freien Rheinlandrepublik seien. (Lebhaftes Hört, hört! Lärm bei den Kommunisten.) So etwas nenne ich Hochverrat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der erwähnte Dr. Gabriel war bis zum Schluß des Krieges deutschnationaler Redakteur. Als es bei Ludendorff nichts mehr zu verdienen gab, ging er zur Sozialdemokratie, nach 14 Tagen zur Unabhängigen Sozialdemokratie und nach sechs Wochen dann zu den Kommunisten. (Stürmische Zurufe bei den Kommunisten.)

Wenn Sie Hunger haben (zu den Kommunisten) und den Mund so weit aufsperren, bedauere ich nur, daß ich den Lutscher nicht bei mir habe, den ich extra für Sie gekauft habe. (Minutenlange stürmische Heiterkeit. Zuruf des Abg. Scholem: Sie gehören in die Mumienkammer.) Herr Scholem will jetzt den Dr. Gabriel abschütteln. Aber die „Rote Fahne" sagt heute noch, daß Dr. Gabriel auf freien Fuß gesetzt werden müsse und bezeichnet ihn dabei als Genossen. Gabriel hat auch die Arbeiter angestiftet, unsern Genossen Zimmer zu erschlagen. Zimmer verteidigte sich gegen 2000 Angreifer mit einem Heckenstiel. Erst als sie von hinten die Fenster einschlugen und in sein Haus eindrangen, konnten sie ihn überwältigen. Diesen

unanfaßbaren Kämpfer für die Sache der Arbeiter

wagt ein Mitglied des Hauses „elende Kreatur" zu nennen. (Stürmische Pfui-Rufe in der Mitte und bei den Soz.) Wenn man die Eberlein, Scholem (Zuruf: Katz), na ja auch Katz so ansieht, dann vermißt man schmerzlich Adolf Hoffmann. Man sieht eben keinen Kopf mehr bei den Kommunisten. Adolf Hoffmann war ein Mann, an dem noch das ganze Haus seine Freude erleben konnte. Das Verdienst dazu, daß ihre Hetze ohne Erfolg geblieben, daß das Volk aus dem Abgrund herausgerissen ist, dieses Verdienst gebührt den achteinhalb Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Es gebührt den wahren Sozialisten in dieser Republik, den treuen Anhängern der sozialen Demokratie. Ich bin wahrhaftig kein Antisemit. Aber ich möchte doch bemerken, wenn die Kommunisten Paul Levi jetzt abschütteln, so ist der Grund der, daß er ihnen wahrscheinlich nicht koscher genug war. (Stürmische Heiterkeit, lebhafte Zurufe des Abg. Scholem.) Sie sind noch ein junger Mann, Herr Scholem, und haben das Recht zu Ihrer Torheit. Wenn Sie erst in mein Schwabenalter gekommen sind, werden Sie auch imstande sein, den Boden der Realität zu erkennen.

Der Redner spricht fort.

Die Bergarbeiter streiken allein.

London, 16. April. (EE.) Der Arbeiterdreiverband wird heute neuerdings zusammentreten, doch ist der Generalstreikbeschluß, wie Thomas selbst erklärte, nicht nur als verschoben, sondern als aufgehoben anzusehen. Lloyd George erklärte Thomas, er sei glücklich darüber, daß die Gewerkschaften nicht zu diesem ungeheuerlichen Beschluß hätten greifen wollen.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses ging es außerordentlich bewegt zu. Sofort nach Beginn der Sitzung fragte Asquith, ob die Regierung irgendeine Erklärung abzugeben habe. Chamberlain teilte mit, daß Lloyd George vorgestern nachts den Generalsekretär der Bergarbeiter, Hodges, und seine Kollegen zu einer Besprechung mit den Bergwerksbesitzern eingeladen habe. Während jedoch die Regierungsvertreter und die Unternehmer sich einfanden, seien die

Bergarbeiter ohne Entschuldigung fern geblieben.

Chamberlain forderte dann, die Beratungen im Unterhause zu vertagen, um abzuwarten, ob nicht eine Mitteilung der Bergarbeiter eintreffen werde. Nachmittags um 3¼ Uhr wurde dann eine zweite Sitzung abgehalten. Lloyd George erklärte, daß er von der Gewerkschaft der Bergarbeiter die Mitteilung erhalten habe, eine provisorische Regelung der Lohnfrage, wie sie die Regierung vorgeschlagen habe, sei unannehmbar. Die Gewerkschaft fordert eine Regelung für ganz Großbritannien. Gleichzeitig müssen die Gewinne aller Gruben in eine gemeinsame Kasse fließen, um auf die Bergarbeiter des ganzen Landes verteilt zu werden. Lloyd George erklärte, einer gleichen Bezahlung sämtlicher Bergarbeiter im Lande könnte die Regierung zustimmen, sie müsse aber eine Verschmelzung der Gewinne für das ganze Land ablehnen, weil dies die Wiederherstellung der Staatskontrolle, zur Folge haben würde, und in diesem Punkte nachzugeben, wäre ein Unglück. Asquith bedauerte den Beschluß der Bergarbeiter, zumal die Ausführungen Frank Hodges' gewisse Hoffnungen in den Bereich der Möglichkeit gerückt hätten.

Kriegsbeschädigte besetzen Ministerien.

Rom, 16. April. (EP.) Die Bewegung unter den Kriegsinvaliden zur Vertreibung des weiblichen Personals aus der Staatsverwaltung dauert fort. Die Invaliden haben mit Hilfe der Faszisten und Nationalisten das Verkehrsministerium besetzt und von den Posten der weiblichen Angestellten Besitz ergriffen. Sie richteten sich darauf ein, im Ministerium zu übernachten. Außerdem belagerten sie die ganze Nacht das scharf bewachte Gebäude der Staatsbahndirektion. — In Triest und Florenz ereigneten sich ähnliche Vorfälle.

Tirol stimmt ab.

Innsbruck, 16. April. (WTB.) Der Konferenz der Klubobmänner der Landesparteien wurde vom Landeshauptmann der Einspruch der Ententevertreter gegen die vom Tiroler Landtag beschlossene Volksabstimmung zur Kenntnis gebracht. Nach einer eingehenden Beratung gelangte die Konferenz zu dem Beschluß, daß eine Einberufung des Landtages aus diesem Anlaß nicht notwendig sei, da mit Sicherheit zu erwarten sei, daß der Landtag in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem gefaßten Beschlusse, die Volksabstimmung am 24. April durchzuführen, beharren werde. In der unmittelbar darauf folgenden Sitzung der Landesregierung wurde infolge dieser Stellungnahme der Obmännerkonferenz der Beschluß gefaßt, von einer Einberufung des Landtages zum Zwecke einer neuerlichen Stellungnahme in der Abstimmungsfrage abzusehen.

Groß-Berlin

Ein Generaldirektor für Städtebau.

31,5 Millionen Baukostenzuschüsse für Siedlungen.

Die städtische Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen hat in ihrer gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Stadtrats Wutzki eine Reihe bedeutungsvoller Beschlüsse gefaßt. Nach längerer Aussprache über die Bedeutung des Städtebaus für die neue Stadtgemeinde und die Notwendigkeit einer weitsichtigen und sparsamen Planung für die künftige Stadterweiterung wurde grundsätzlich beschlossen, die Stelle eines Generaldirektors oder Generaldezernenten für Städtebau und Siedlungswesen zu schaffen, denn die gesamte technische Leitung der Bebauungspläne und damit die Leitung des geplanten Zentralamts für Städtebau und Siedlungswesen übertragen werden soll. Es wurde ferner beschlossen, die Stelle unter den deutschen Städtebaukünstlern öffentlich auszuschreiben, wobei die Gehaltsfestsetzung freier Vereinbarung überlassen werden soll.

Die Siedlungsdeputation stimmte ferner den vom Siedlungsausschuß bereits beratenen Baukostenzuschüssen für Kleinhausbauten und Kleinwohnungen zu. Es wurde von den für dieses Jahr zur Verfügung stehenden 64 Millionen Baudarlehen zunächst 31,5 Millionen für 12 verschiedene große Siedlungsunternehmen bewilligt. Darunter befinden sich die Tempelhofer Feld-Gemeinnützige Kriegerheimstättengesellschaft mit 150 Wohnungen, die Gemeinnützige Siedlungs- und Kriegerheimstättengesellschaft Lübars mit 250 bezuschußten Wohnungen, die Baugenossenschaft Eigenheim Spandau mit 78 Wohnungen, die Wohnungsgesellschaft Siemensstadt mit 84 Wohnungen im Flachbau und 77 Wohnungen im dreigeschossigen Hochbau, wozu die Firma Siemens noch 5 Millionen Zuschuß zahlt. Die Heimstättengesellschaft „Primus" in Wittenau erhält für 40 Wohnungen und die Siedlung der Firma Großer u. Klein in Wittenau für 32 Wohnungen Zuschüsse. Ferner wurden Baudarlehen gewährt der Friedrichshagener Siedlungsgesellschaft am Bahnhof für 14 Wohnungen im Flachbau und derselben Gesellschaft in der Seestraße zu Friedrichshagen für 29 Wohnungen im dreigeschossigen Mittelhausbau. Auch die Gemeinde Köpenick erhielt Zuschüsse für 54 Wohnungen im Kleinhausbau.

Den 35 Wohnungen der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Schulzendorf wurde grundsätzlich zugestimmt, jedoch sollen die Typen der Häuser noch umgearbeitet werden. Schließlich erhielt auch das Reichsbankdirektorium für 36 in dreigeschossigem Mittelhausbau in Schmargendorf zu errichtende Wohnungen ein Baudarlehen.

Für den beim Oberpräsidium zu bildenden Siedlungsbeirat wählte die Deputation als Vertreter der Stadtgemeinde Berlin den Vorsitzenden Stadtrat Wutzki und den zu wählenden Generaldirektor für Städtebau, als Ersatzmänner Regierungsbaumeister Jänecke und Dr. Ing. Heiligenthal sowie den Stadtverordneten Dr. Weinberg. Vom Oberpräsidenten sind für diesen Siedlungsbeirat bereits ernannt worden Bankdirektor Schwarzer, Regierungsbaumeister Brodersen und Professor Bruno Eberstadt.

Richtige Steuereinzahlung.

Viel Unannehmlichkeiten erspart man sich, wie der Magistratskommissar für die Steuerverwaltung mitteilt, wenn man seine Steuern bei der zuständigen Steuerkasse einzahlt. In Groß-Berlin erheben die städtischen und Gemeindekassen die Reichseinkommensteuer, Umsatzsteuer, Zuwachssteuer, Grunderwerbssteuer und Körperschaftssteuer. Von den Finanzkassen, die Reichskassen sind und zumeist in den Räumen ihres Finanzamts untergebracht sind, werden die Besitzsteuer, die sämtlichen Kriegsabgaben, das Reichsnotopfer und die Kapitalertragsteuer erhoben. Eine Ausnahme machen die zu den Finanzämtern Pankow und Niederbarnim-Ost gehörigen Gemeinden. Es sind dies: 1. Finanzamt Pankow: Pankow-Niederschönhausen mit Schönholz, Buchholz, Rosenthal, Blankenfelde, Blankenburg, Buch, Heinersdorf, Karow, Reinickendorf, Tegel, Wittenau, Hermsdorf, Lübars, Heiligensee und Frohnau. 2. Finanzamt Niederbarnim-Ost: Weißensee, Hohenschönhausen, Malchow, Falkenberg, Wartenberg, Friedrichsfelde, Oberschöneweide, Friedrichshagen, Mahlsdorf, Stralau, Kaulsdorf, Biesdorf, Rahnsdorf, Hellersdorf mit Wuhlgarten, Marzahn. In diesen Gemeinden werden die Reichssteuern, mit Ausnahme des Reichsnotopfers, bis auf weiteres noch von den Gemeindekassen eingezogen. Das Reichsnotopfer wird für diese Bezirke von den Finanzkassen Niederbarnim I, II, III angenommen, die sich sämtlich in Berlin C. 2, Jüdenstr. 58/60, befinden. Im Gegensatz dazu werden in den zu den Finanzämtern Steglitz und Groß-Lichterfelde gehörigen Gemeinden außer der Besitzsteuer, den Kriegsabgaben, dem Reichsnotopfer und der Kapitalertragsteuer auch die Reichseinkommensteuer von den Finanzkassen eingezogen. Es sind dies die Gemeinden Steglitz, Friedenau, Groß-Lichterfelde, Dahlem, Zehlendorf, Nikolassee, Wannsee, Potsdamer-Forst, Pfaueninsel-Gut und Klein-Glienicke-Forst.

•

Ein Genosse, der noch immer nicht sein Einkommensteuerformular bekommen hat, erhielt auf Rückfrage beim Finanzamt II den Bescheid, daß nach dem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 1. April d. J. entsprechend der Novelle zum Einkommensteuergesetz eine Abgabe einer Steuererklärung für die in Lohn oder Gehaltsabzug stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, deren Einkommen unter 24000 Mark beträgt, nicht mehr in Frage kommt. Wenn das richtig ist, so wäre unverständlich, warum die Finanzämter es nicht öffentlich bekanntgeben. Ist es aber unrichtig, so verdient der Beamte, der diese Auskunft gab, die Strafe, die den Steuerpflichtigen treffen würde, wenn er mit seiner Erklärung in Verzug kommt. Jedenfalls ist notwendig, daß sich eine zuständige Stelle maßgebend darüber äußert.

Im Interesse der Steuerpflichtigen werden im Nachstehenden die früheren Fahrpreise der Großen Berliner Straßenbahn für 1920 wiederholt. Einzelfahrschein: ab 1. Januar 30 Pf., ab 1. April 50 Pf., ab 21. Mai 70 Pf., ab 1. Dezember 80 Pf. Sammelkarten: ab 1. Januar 7 Fahrten zu 2 M., ab 1. April 6 Fahrten zu 3 M., ab 21. Mai 8 Fahrten zu 5 M., ab 1. Dezember 8 Fahrten zu 6 M. Monatskarten: im Januar bis einschließlich März 23,50 M. (für eine Linie), 30 M. (für zwei Linien), 39 M. (für drei Linien), 60 M. (für alle Linien); im April und Mai 40, 50, 65, 100 M.; im Juni bis einschließlich November 56, 70, 91, 140 M.; im Dezember 70, 88, 114, 175 M.

Durchgangsverkehr Spandau—Strausberg.

Der neue Sommerfahrplan der Eisenbahndirektion Berlin liegt in seinem ersten Entwurfe nunmehr vor. Er enthält eine Reihe wesentlicher Verbesserungen des bisherigen Fahrplans, besonders im Sonntagsfahrplan der Vorortstrecken. Eine bedeutende Verbesserung des Fahrplans bedeutet die Durchführung einer Reihe von Vorortzügen von Strausberg über die Stadtbahnferngleise nach Spandau und umgekehrt von Spandau nach Strausberg. Während des Krieges wurden die meisten Züge dieser Strecke geteilt. Der neue Sommerfahrplan sieht nun wieder die Vermehrung dieser Züge auf fünf Zugpaare in jeder Richtung vor. Im Werktagsverkehr bringt der Vorortfahrplan besonders auf der Strecke Strausberg—Berlin—Schlesischer Bahnhof eine wesentliche Neuerung. Bisher waren die Reisenden auf dieser Strecke gezwungen, um zu den Stationen Rüdersdorf und Petershagen zu gelangen, in Fredersdorf umzusteigen. Der neue Sommerfahrplan führt zum ersten Male durchgehende Züge zwischen Rüdersdorf und dem Schlesischen Bahnhof ein und zwar zunächst nur ein Zugpaar täglich in den Morgenstunden, ab Rüdersdorf 6.15 vormittags, an Schlesischer Bahnhof, Wriezener Bahnsteig, 7.11 vormittags. Mit Rücksicht auf den starken Verkehr von Siedlern und Kolonisten, der an den Sonnabenden und an Tagen vor Festen sich auf dieser Strecke entwickelt, sind in der Gegenrichtung Sonnabends und an Tagen vor Festen vier dieser neuen Züge nach Rüdersdorf vorgesehen und zwar ab Schlesischer Bahnhof 1.19, 2.19, 3.19 und 4.19 nachmittags, Bahnsteig A.

Hoftrauer bei der Post.

Wenn es gilt, den „monarchischen Gedanken" zu bekunden — wird da die Postverwaltung fehlen? Aus ihrem Bereich kommen die meisten Klagen über immer noch fortdauernde Beibehaltung des Wortes „Kaiserlich". Daher wundern wir uns nicht über folgendes Rundschreiben, das im Reichspostministerium umläuft und von dort aus zu unserer Kenntnis gelangt:

„Es ist angeregt worden, anläßlich der Beerdigung der Kaiserin am Dienstag, den 19., durch eine Abordnung einen Kranz am Grabe niederlegen zu lassen. Beiträge für die Beschaffung des Kranzes bitte hierunter zu vermerken.

Preuß, Geheimer Postrat.

Herr Ministerialamtmann Gericke, Zimmer 455, ist bereit, die gesammelten Beiträge entgegenzunehmen und den Kranz nach näherer Anweisung zu besorgen. Die Beiträge sind möglichst bald abzuführen."

Wir erwarten nicht, daß den Geheimen Postrat Preuß ein Vorgesetzter auf die Unzulässigkeit dieses Rundschreibens hinweisen wird, das wie ein Zwang wirken muß. „Untergebene" wollen ihn aber nicht darüber im unklaren lassen, wie sie die geheimposträtliche Aufforderung zur Beitragsleistung empfinden — darum erfolgt hiermit die öffentliche Festnagelung.

Wie in weiteren Kreisen der Bevölkerung über solche und ähnliche „Trauerkundgebungen" gedacht wird, lehrt ein Vorkommnis, das man uns vom Postfuhramt in der Scharnhorststraße meldet. Das der Reichspostverwaltung gehörende Gebäude soll am Donnerstag durch einen umflorte schwarzweißrote Fahne, die aus einem Fenster der Wohnung des Postfuhramtsvorstehers herausgehängt war, die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich gelenkt haben. Der Unwille über die Keckheit dieser Demonstration, die hier wie eine amtliche Kundgebung wirken mußte, soll sich sehr drastisch geäußert haben. Was wäre in der monarchischen Zeit einem Postbeamten passiert, der beim Tode eines Führers der Sozialdemokratie aus dem Fenster einer in posteigenem Gebäude gelegenen Dienstwohnung eine rote Fahne herausgehängt hätte?

Ein unaufgeklärter Todesfall, dem ein Raub vorangegangen sein soll, wird aus der Gegend des Schlesischen Bahnhofs gemeldet. Nach der Bahnhofswache dort wurde in der vergangenen Nacht, kurz nach 12 Uhr, der 41 Jahre alte Arbeiter Karl Seifert aus der Simon-Dach-Straße 20 gebracht, der schwer betrunken war. Er wurde zu seiner eigenen Sicherheit aufgenommen. Noch im Laufe der Nacht starb er, nach ärztlichem Gutachten an den Folgen übermäßigen Alkoholgenusses. Die Leute, die ihn der Wache zuführten, teilten mit, daß der Mann in der Betrunkenheit überfallen und seiner Barschaft beraubt worden war. Ob die Räuber ihn zum Zweck der Ausplünderung betrunken gemacht und verschleppt haben, bedarf noch der Aufklärung. Die Ermittelungen nach den Tätern wurden von der Kriminalpolizei sofort aufgenommen.

Theater der Woche.

Vom 17. April bis 24. April.

Volksbühne: 17. u. 23. Kapitän Brassbounds Bekehrung. 18., 21., 22. u. 24. Das Postamt. Komödie der Irrungen. 19. u. 20. Antigone. — **Opernhaus:** 17. Othello (6 Uhr). 18. Rheingold. 19. Cavalleria rusticana. Bajazzi. 20. Walküre. 21. Mona Lisa. 22. Siegfried. 23. Rigoletto. 24. Götterdämmerung. — **Schauspielhaus:** 17. Die Räuber. 18. Die Sterne. 19. Der Sturm. 20. Peer Gynt. 21. Der Marquis v. Keith. 22. Torquato Tasso. 23. (Anläßlich Shakespeares Geburtstag) Der Sturm. 24. Richard III. — **Großes Schauspielhaus:** 17., 18 u. 21. Der Kaufmann von Venedig. 19., 20. bis 24. Ein Sommernachtstraum. — **Deutsches Theater:** 17., 20., 23. u. 24. Cäsar und Kleopatra. 18. u. 21. Woyzeck. 19. u. 22. Faust. I. — **Kammerspiele:** 17. Kräfte. 18. Die Büchse der Pandora. 19. u. 24. Frühlings Erwachen. 20. u. 23. Der König der dunklen Kammer. 22. Kräfte. Ein Heiratsantrag. — **Lessing-Theater:** 17., 19., 21., 23. u. 24. Von Morgens bis Mitternachts. 18. u. 22. Ein idealer Gatte. 20. Flamme. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 17. bis 24. Augustus. — **Deutsches Opernhaus:** 17. Tiefland. 18. Alessandro Stradella. 19. Die Jüdin. 20. Margarete (Faust). 21. Tannhäuser. 22. Der Postillon von Lonjumeau. 23. Tosca. 24. Der Zigeunerbaron. — **Schiller-Theater:** 17., 18. u. 20. Jettchen Gebert. 19. Der ehemalige Leutnant. 21. u. 23. Doktor Klaus. 22. Don Carlos. 24. Alt-Heidelberg. — **Große Volksoper:** 17. 2½ Uhr: Walhalla-Theater: Tiefland. 18. 7½ Uhr: Neue Welt: Die Fledermaus. 20. 7 Uhr: Walhalla-Theater: Lohengrin. 24. 2½ Uhr: Walhalla-Theater: Carmen.

Täglich. **Deutsches Künstler-Theater:** Die Marquise von Arcis. — **Komödienhaus:** Die Sache mit Lola. — **Berliner Theater:** Das Milliarden-Souper. — **Kleines Schauspielhaus:** Reigen. — **Trianon-Theater:** Rosen. — **Residenz-Theater:** Das Privatleben. — **Zentral-Theater:** Die Postmeisterin. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Augustus. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Der verjüngte Adalar. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** Ihre Hoheit die Tänzerin. — **Komische Oper:** Luberchen. — **Lustspielhaus:** Die spanische Fliege. — **Metropol-Theater:** Die blaue Mazur. — **Neues Operetten-Theater:** Der lachende Ehemann. — **Thalia-Theater:** Mascottchen. — **Theater am Nollendorfplatz:** Der Vetter aus Dingsda. — **Theater des Westens:** Schwalbenhochzeit. — **Kleines Theater:** Casanovas Sohn. — **Wallner-Theater:** Die Tanzgräfin. — **Walhalla-Theater:** Die Fledermaus. 20. Lohengrin. — **Rose-Theater:** Im Café Noblesse. Am 18. Roter Lampe. — **Kasino-Theater:** Vollrich und Sohn. — **Palast-Theater:** Ueberm großen Teich. — **Neues Volks-Theater:** 17., 20., 21. u. 22. Rose Bernd. 18. Geschlossene Vorstellung: Der Weibsteufel. 19. Jugendfreunde. 22. Perikles von Athen. — **Volksbühne Norden:** 19. Die drei Zwillinge (Reihe 8). 20. u. 21. Der Weibsteufel (Reihe 1 u. 2). — **Folies Caprice:** Der keusche Joseph. Sein Modell. Am Badestrand. — **Admiralspalast:** Die roten Schuhe.

Nachmittagsvorstellungen. **Volksbühne:** 17. Das Postamt. Die Komödie der Irrungen. 24. Wallensteins Tod. — **Schauspielhaus:** 17. Volksvorstellung: Torquato Tasso. 24. Volksvorstellung: Der Kreuzprinz. — **Großes Schauspielhaus:** 17. Florian Geyer. 24. Ein Sommernachtstraum. — **Deutsches Theater:** 24. Was ihr wollt. — **Kammerspiele:** 17. Frühlings Erwachen. 24. Er ist an allem schuld. Der Spieler. Der Heiratsantrag. — **Lessing-Theater:** 17. u. 24. Frau Warrens Gewerbe. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 17. Faust. 24. Erdgeist. — **Deutsches Opernhaus:** 17. Die lustigen Weiber von Windsor. 24. Der Waffenschmied. — **Schiller-Theater:** 17., 23. u. 24. Der Meineidbauer. — **Deutsches Künstler-Theater:** 17. u. 24. Pygmalion. — **Komödienhaus:** 17. u. 24. Die Sache mit Lola. — **Berliner Theater:** 17. u. 24. Der letzte Walzer. — **Trianon-Theater:** 17. u. 24. Kammermusik. — **Residenz-Theater:** 17. u. 24. Lady Windermeres Fächer. — **Zentral-Theater:** 17. u. 24. Deserteure. — **Lustspielhaus:** 17. u. 24. Der Biberpelz. — **Thalia-Theater:** 17. u. 24. Die Kinopuppe. — **Theater des Westens:** 17. u. 24. Die Frau im Hermelin. — **Kleines Theater:** 17. u. 24. Die Pfarrhauskomödie. — **Wallner-Theater:** 17. u. 24. Eine Vollnacht. — **Kasino-Theater:** 17. u. 24. Höllenqualen. — **Palast-Theater:** 17. u. 24. Der verwunschene Prinz. — **Neues Volks-Theater:** 17. u. 24. Jugend.

Aus aller Welt.

Die Attendorner Tropfsteinhöhle.

Uns wird berichtet: Der Besitzer der angeblich aus Finanzgründen geschlossenen Höhle, Herr Eberhard Epe, zahlte seit dem Jahre 1907 an die Stadt Attendorn eine Pauschalsumme von 500 M. jährlich. Die Durchschnittszahl der Besucher betrug vor dem Kriege jährlich 60 000—70 000. Daß der Besuch nach dem Kriege wesentlich nachgelassen habe, wird Herr Epe ernstlich wohl nicht behaupten wollen. Dabei beträgt der Eintrittspreis jetzt 2,50 M. Die Stadtverordnetenversammlung hatte nunmehr beschlossen, die durch Ortsstatut festgelegte Kartensteuer von 10 Proz. auch auf die Höhle auszudehnen. Hiergegen sträubt sich der Besitzer mit Händen und Füßen. Sollte man fürchten, daß das Finanzamt auf diese Weise die Höhe der wirklichen Einnahme erfahren könne? Jedenfalls kann das Verlangen der Stadt Attendorn, die infolge der Kriegsnöte mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, nicht als unbillig bezeichnet werden. Wie stellt sich die Regierung zu der Schließung der Höhle durch den Besitzer? Die Oeffentlichkeit hat ein Recht, von der Regierung zu fordern, daß sie dafür sorgt, daß derartige Naturdenkmäler der Allgemeinheit zugänglich bleiben. Es wird erwartet, daß in dieser Hinsicht recht bald Schritte unternommen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Wessen Opfer?

Das Organ des Transportarbeiterverbandes, der „Courier", beschäftigt sich noch einmal eingehend mit den Streiks in den Leverkusener Farbwerken und bei Thyssen in Hamborn. Das Blatt weist nach, daß rund 33 000 Proletarier vierzehn Tage lang „um weniger denn einen Rasenpopel" gekämpft und dabei 15 Millionen Mark verloren haben, daß aber die KPD. einen Sieg errang. Die „Rote Fahne" ist über diese Kritik natürlich sehr erbost und schimpft heute in einem „Schmutzfinken" überschriebenen Artikel ganz fürchterlich über die hinterhältige und verräterische Haltung des Hauptvorstandes des Transportarbeiterverbandes und über den Spott, den der „Courier" über die „Opfer des brutalen Farbkapitals" ausschüttet. Wir haben keine Veranlassung, den „Courier" der „Roten Fahne" gegenüber in Schutz zu nehmen. Das wird er schon selbst besorgen!

Wir wollen uns nur darauf beschränken, festzustellen, wessen Opfer die Leverkusener Arbeiter geworden sind. Kürzlich lasen wir in einer Zeitung, die sich mit dem Streik beschäftigte, u. a. das Folgende:

„Die Partei muß aus diesem Streik lernen. Sie hat — und das muß offen ausgesprochen werden — Unterlassungssünden begangen. Es hätte nicht zu diesen tragischen Vorkommnissen zu kommen brauchen. Die Vereinigte Kommunistische Partei hätte rücksichtsloser, als sie es getan hat, gewissen Strömungen innerhalb der Knapsacker Belegschaft entgegentreten müssen, Strömungen, die darauf hinausliefen, beim Arbeiterrat jede Wirksamkeit unmöglich zu machen, ihn mit allen Mitteln zu kompromittieren und das Vertrauen zu ihm zu unterminieren. . . . Die Partei trägt weiter einen Teil der Schuld, weil die kämpfenden Proletarier nicht wirksam genug von ihr unterstützt worden sind. . . . Gewiß war bisher der Parteiapparat nicht auf solche Unterstützungsaktion eingestellt und gewiß waren durch die Wahlen unsere Mittel erschöpft. Wir müssen aber in Zukunft bei derartigen Situationen Mittel und Wege finden, damit die VKPD. dem kämpfenden Proletariat nicht nur theoretische Führerin sei, sondern auch Hilfsquelle und materieller Stützpunkt im Kampfe. Diese Lehren müssen wir aus dem Knapsacker Streik ziehen."

Das Blatt, dem wir dieses Zitat entnehmen, ist die Nr. 69 der „Sozialistischen Republik" und der Schreiber des fraglichen Artikels der kommunistische Abgeordnete Dahlem. Wenn Worte einen Sinn haben, dann hat dies angeführte Zitat den Sinn, daß der Streik in Leverkusen eine Sache der Kommunistischen Partei und nichts anderes war. Und wenn die auf Befehl der VKPD. in den Streik gezogenen Arbeiter eine Niederlage erlitten, wenn sie jetzt arbeitslos sind, dann sind sie nicht, wie die „Rote Fahne" behauptet, „Opfer des brutalen Farbkapitals" geworden, sondern Opfer der Unterlassungssünden der Kommunistischen Partei".

In seiner Broschüre „Unser Weg" sagt Paul Levi an einer Stelle über die Beschwerden, die das Exekutivkomitee über die VKPD. führt, u. a.:

„Zum größten Teile aber scheinen uns auch hier die Beschwerden des Exekutivkomitees auf falscher Einschätzung zu beruhen. Es möchte mehr, was in englisch „noisy" heißt, mehr Krach, mehr Lärm gemacht werden."

Diesen Wünschen will die Kommunistische Partei auf jeden Fall gerecht werden. Darum macht sie Lärm und Krach, wo es irgend geht. Aber Levi sagt weiter:

„Ich bin aber offen genug, zu sagen, daß wir auch hier schon unsere Erfahrungen gesammelt haben und die lauten anders."

Wie Paul Levi, so muß die ganze deutsche Arbeiterschaft immer wieder die Erfahrung machen, daß es mit „mehr Krach" und „mehr Lärm" in Deutschland nicht gemacht ist. Dieser Taktik haben die deutschen Arbeiter schon so oft Opfer an Gut und Blut gebracht, daß sie alle Ursache hätten, dafür zu sorgen, daß der Wunsch Paul Levis erfüllt wird, den er an seine Genossen richtet: sie möchten „deutschen Arbeitern nie mehr unter die Augen treten".

Die Notlage der Postdiätare.

Wie lange soll das Hungerdasein der Postboten, Postillione usw. noch fortdauern? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Versammlung der Diätare von der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Postschaffner Scherff-Essen führte in seinem Referat aus, daß die Lage der im Postdienst als Diätare Beschäftigten immer noch eine tief traurige sei. Er hob hervor, daß durch die Republik zwar die Möglichkeit auch für die in den Staatsbetrieben tätigen Kräfte geschaffen worden sei, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen, sich zu organisieren und Forderungen zur Erlangung eines menschenwürdigen Daseins geltend zu machen. Es sei auch gelungen, einige Zulagen zu erreichen, aber was gegeben wurde, war so winzig, daß von einer ausreichenden Verbesserung nicht gesprochen werden könne. Im übrigen habe man nur Versprechungen erhalten. Nachdem die Diätarordnung gekommen war, merkten die damit Beglückten, daß sie eigentlich nicht mehr, sondern eher weniger hatten, als ihnen als Postgehilfen beschieden war. Man tröstete sich damit, daß sie doch Aussicht auf einen höheren Aufstieg hätten und später mehr erreichen würden. Der Deutsche Beamtenbund habe versagt, um etwas zu erreichen, müsse die Kollegenschaft gewerkschaftlich geschult werden, erst dann werde der Kampf ums Dasein zum Ziel führen. Zum Schluß empfahl Redner den Anschluß an den Deutschen Verkehrsbund, dessen Aufgabe es sein werde, die Interessen des Post- und Telegraphenpersonals zu vertreten. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer längeren Aussprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der „mit aller Entschiedenheit" gegen jede Verzögerung der Erhöhung der Dienstbezüge protestiert wird. Wörtlich heißt es in ihr u. a.: „Aus Erwägungen und Beratungen kommt die Behörde nicht zu Entschlüssen. Unterdessen leiden wir mit unseren Familien allergrößte Not. Wir fordern umgehend die Gewährung einer Ausgleichszulage, die die Differenz zwischen dem Einkommen des Lohnempfängers und Diätars im gleichen Alter völlig aufhebt. Wir erwarten vom Reichspostministerium die sofortige Erfüllung unserer berechtigten Forderungen und beauftragen mit unserer Interessenvertretung den Deutschen Verkehrsbund, da die Beamtenorganisationen nach unserer Auffassung nicht ernst genommen werden."

Am Schluß der Versammlung machte ein Redner noch die Mitteilung, daß der Postsekretär Hoffmann, Obmann des Ausschusses für das Paketpostamt, auf Veranlassung der Oberpostdirektion versetzt worden sei, weil er einen Artikel für die „Freiheit" geschrieben habe. Diese Extraversetzung sei mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen.

Die Mitteilung löste in der Versammlung lebhafte Rufe des Unwillens aus.

Aus der Partei.

In Südslawien hat sich die Sozialdemokratische Partei nach Loslösung von den Kommunisten neu konstituiert; die deutschen Genossen in Kroatien und den ehemals ungarischen Gebieten haben volle Autonomie in der Partei; eines ihrer Organe ist der „Vorwärts" in Zsombolya. Wir senden unserem Narrensbruder und allen seinen Freunden unsere besten Wünsche!

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiter, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin Lindenstr. 3.

4 Haupt-Tages-Artikel 4

Blusen
Bluse aus bedrucktem Voile u. Batist 29.50 — 19.50
Bluse weiß, Voile und Batist . . . 55.00 — 49.50
Oberhemdbluse aus weiß. Wäschestoff u. Panama 38.00 48.50 — 39.50
Oberhemdbluse aus Perkal und Zephir 49.50 — 39.50

Kleider
Kleider aus weiß gemustertem Batist 98.00
Kleider aus farbig bedrucktem Voile und Batist . . . 135.00 — 98.00
Kleider aus Dirndl-Stoffen in vielen Farbenstellungen . . 98.00 — 79.50
Wollkleider a. Popeline in viel. neuen Farb. flotte Machart 375.00

Damen-Hüte
Kinder-Hut mit Seidenband u. Blumen garniert 19.75
Backfisch-Hut, reich garniert mit Band und Blumen . 29.75
Damen-Hut, fesch garniert m. Spitzen, Blumen und Seidenband . 29.75
Frauen-Hut, reich garniert m. Band, Blumen und Federn . . 29.75

Kleiderstoffe
Crepon, doppelbr., in allen modernen Lichtfarben . . . . . Mtr. 11.50
Schleier-Stoffe, beidfarb. gestr. u. in vielen Birnenblumen-Mustern Mtr. 14.50
Dirndl-Stoffe in vielen Farbenzusammenstellungen Mtr. 18.50 — 16.50
Schotten, doppelbr., schöne moderne Karos . . . . . Mtr. 19.75

Kaufhaus Wilhelm Joseph
Hauptstraße 163 — Schöneberg — Ecke Großgörschenstraße

S. Joseph
Schöneberg
Hauptstraße 1, Ecke Grunewaldstr.
Grosser Extra-Verkauf
Hervorragende Qualitäten zu selten günstigen Preisen.
Anzüge 325,— 475,— 525,— usw.
Schlüpfer moderne Formen und Farben von 575,— an
Paletots Sportformen, Covertcoats usw. von 325,— an
Imprägn. Loden- u. Gummi-Mäntel Beste Qualitäten in modernen Formen von 325,— an

Jung hübsch und schick sind Sie in einem Hut aus
Ecksteins Hutfabrik
Invalidenstr. 45, Ecke Chausseestr., 1 Treppe.
Elegante Modelle, Hutformen, Schleier, Borten sowie sämtl. Zutaten.
Hüte werden nach neuesten Formen in bekannt bester Ausführung umgepreßt.

Damen-
Tuche, Foule, Velours de laine, „Neuheiten" für Kleider und Kostüme
Mtr. 50.—, 100.—, 150.—, 200.— M.
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte gute Qualitäten.
Gegr. 1893. Tuch-Lager Koch & Seeland G. m. b. H. Gegr. 1893.
Gertraudtenstr. 20—21.

Korbmöbel
kaufen Sie am vorteilhaftesten direkt beim Hersteller
A. Gesdau
Werkstätten für feine Korbmöbel
Hermannstraße/Neukölln 1739
Ausstellung und Verkauf nur Neukölln, Sonnenallee 20.

Zähne v. 4 M. an Teilzahlung, 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb. 3.—, Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Kep. sof. Zahnarzt Wolff. Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechz. 9-7.

Schlechtsitzende Korsette
werden nach jeder Figur, passend unter Garantie, tadellos umgearbeitet
Reparaturen, Aenderungen u. Korsettwäsche
jeglicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus
Korsettfabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 85
2. Geschäft: Berlin-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 30
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124B

Oberlandesgerichtsrat
außerh. sachgemäße Rechtsberatung, Abwicklung schwierigster Fälle. Ehe, Alimenten, Vertrauenssachen, Ermittelungen. Potsdamer Str. 115. Ullmow 2494. Direktor Fabisch.

WER den Umsatz seines Geschäftes steigern und den Kundenkreis erheblich erweitern will, bedient sich als wirksamstes Insertionsorgan mit bestem Erfolge des VORWÄRTS

Metallbetten
Stahlbettematratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl in Thür. 88/15

Arbeitskleidung
Hosen von 45.— bis 225.— M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Kohnen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Installat.-Material kauft
Schröder, Bernauer Straße 101, Hofeingeb. III.

Gold- Platin, Bruch, -Silber
Kupfer, Messing
Blei, Zink, Zinn usw.
kauft
Silberzentrale, Spezialgeschäft für Metalle
Gotzkowskystraße 13
Händler und Fabrikanten Extrapreise
Fernsprecher: Moabit 9354

Alt-Metalle | Blei Zinn | Metall-Abfälle Rückstände
kauft
A. Iden & Lange
Charlottenburg, Wallstr. 30
Tel. Wilhelm 5049

Nur kein Kind! Warum?
Lesen Sie: Joh. Perch, „Die Flucht vor dem Kinde"
Preis Mk. 1,— u. 20%
Buchhandlg. Vorwärts
Lindenstraße 2.

Jeder Eisenbahner
der vorwärts strebt und nach dem Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen" sich durch einschlägige Fachliteratur fortbilden will
liest
zur Vervollkommnung seiner Berufskenntnisse unsere konkurrenzlose Fachzeitschrift
Die Eisenbahnfachschule
Amtliches Organ des Verbandes Deutscher Eisenbahnfachschulen und technische Zeitschrift für alle Eisenbahner.
Interessante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen.
Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahnwesen. — Die Entwicklung der Siemens-Werke. — Neuerungen im Signalwesen. — Lokomotivkessel mit Ueberhitzer. — Wasserstandsanzeiger. — Elektrisches Schweißen in Eisenbahnwerkstätten. — Der Luftdruck, das Barometer. — Die Verwendung von flüssigem Lokomotiv-Feuerbüchsen. — Der Lokomotivkessel. — Die Telegraphie. — Elektrische Schnellbahnen — und vieles andere mehr.
Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband Mark 5.— pro Vierteljahr, durch die Post bezogen Mark 4.— zuzüglich Mark 0.30 Bestellgeld.
Verlangen Sie kostenlos Probenummern.
Für Vereine billiger. Für Vereine billiger.
Anerkannt vorzügl., wirkungsvolles Insertionsorgan. Inserate in der „Eisenbahnfachschule" haben den größten Erfolg; die Leserschaft setzt sich nachweisbar aus den Eisenbahnbehörden, sowie ca. 20 000 Hörern der Eisenbahnfachschulen zusammen. An über 100 Schulen im ganzen Reiche verbreitet. — Man verlange Offerte.
Verlag A. Wesemann, Berlin SW., Köthnerstraße Straße 109.
Tel. Kurfürst 4015. Postsch. Berlin 33875. Telegr.-Adresse: Diwesmann